

Ä1 zu A-6: Zivilgesellschaft im Nahen Osten schützen - Gerechten Frieden schaffen

Antragsteller*innen Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
(dort beschlossen am: 27.06.2025)

Antragstext

Von Zeile 45 bis 49:

mit und Unterstützung für Israel besteht. Diese Solidarität mit der israelischen Bevölkerung sollen wir nicht aufgeben, sie ist aber nicht gleichbedeutend damit, jegliche Handlungen einer teils rechtsextremen Regierung zu tolerieren oder zu rechtfertigen. ~~Die deutsche Geschichte lehrt uns auch, für Menschenrechte einzustehen, weshalb es unsere Pflicht ist, auch Handlungen der rechtsextremen Regierung in Israel zu kritisieren. Wir erwarten, dass die deutsche Bundesregierung in Zukunft eine klarere Haltung zu völkerrechtswidrigen Handlungen einnimmt, sowohl im öffentlichen Diskurs in Deutschland, als auch gegenüber Vertreter:innen der israelischen Regierung. Wir erwarten, dass die deutsche Bundesregierung in Zukunft eine klarere Haltung zu völkerrechtswidrigen Handlungen einnimmt, sowohl im öffentlichen Diskurs in Deutschland, als auch gegenüber Vertreter:innen der rechtsextremen israelischen Regierung.~~

Begründung

Der indirekte Vergleich Israels mit der Zeit des Nationalsozialismus wird nach der 3D-Regel als Grenze zum Antisemitismus gewertet. Darum sollten wir auch an dieser Stelle darauf verzichten. Dennoch halten wir es für notwendig die rechstextreme israelische Regierung zu kritisieren, weshalb wir dies in den darauffolgenden Satz übernommen haben.